

# **konsequent grün für HATTINGEN**

**Das Wahlprogramm des Bürgermeisterkandidaten der Partei  
BÜNDNIS ´90 / DIE GRÜNEN, FRANK STAACKEN,  
zur Kommunalwahl am 13. September 2020**

## **Vorwort / Präambel:**

Entscheidende Aufgabe der Stadtverwaltung und ihres Chefs, des Bürgermeisters, ist es, die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sicherzustellen und alle Bevölkerungsteile mit ihren berechtigten Interessen zu berücksichtigen und in die erforderlichen Entscheidungsprozesse einzubinden.

Besonderes Augenmerk muss dabei gelegt werden auf ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum, gesunde Lebensverhältnisse, zeitgemäße und qualitativ hochwertige Bildungsangebote in Kita, Schule einschließlich OGS und in der VHS sowie attraktive Kulturangebote. Ausreichende Angebote der Jugendförderung wie auch verlässliche Maßnahmen der Jugendhilfe gehören ebenso zur Daseinsvorsorge wie eine geordnete Aufnahme und humane Unterbringung von Geflüchteten und vielfältigen Maßnahmen zu deren Integration wie auch aller anderen Neubürger\*innen.

Ferner bedarf es eines vielfältigen Angebots an Arbeitsplätzen vor Ort und in der nahen Umgebung sowie leistungsfähiger, sicherer und attraktiver Verkehrsangebote für Fußgänger, Radfahrer, im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wie auch für den motorisierten Individualverkehr (MIV). Und ebenso wichtig ist ein breites Angebot an Einkaufsmöglichkeiten zentral wie auch dezentral in den Stadtteilen.

Das alles ist nur möglich, wenn die Finanzen der Stadt geordnet sind. Als Stärkungspaktkommune hat Hattingen seit Jahren intensivste Sparbemühungen unternommen, ohne die strukturelle Unterfinanzierung von Gemeinden des industriellen Strukturwandels beseitigen zu können. Die Grundsteuer- und Gewerbesteuer-Hebesätze sind dadurch unerträglich hoch und dürfen nicht weiter steigen. Die Schuldenlast – insbesondere der

Kassenkredite – kann trotz aller Bemühungen und kreativen Ideen nicht aus eigener Kraft abgetragen werden.

Bei diesen Rahmenbedingungen und Anforderungen an die Versorgung der Bevölkerung müssen alle heutigen Maßnahmen auf eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel und die damit verbundenen Herausforderungen sowie den ökologischen Umbau ausgerichtet sein.

## Das zentrale Ziel

**Zentrales Ziel für die Kommunalpolitik der nächsten fünf Jahre ist die Beherrschung des Klimawandels durch einen konsequenten ökologischen Umbau der Stadt.**

Hierbei kann und muss angeknüpft werden an das bereits im Herbst 2019 verabschiedete Klimaschutzkonzept. Insbesondere die Einstellung einer/s Klimaschutzmanagerin/s sowie einer/s Mobilitätsmanagerin/s müssen schnellstmöglich erfolgen.

Ein ganz wesentliches Handlungsfeld ist dabei der **Verkehrsbereich**.

Hier muss umgehend der ÖPNV qualitativ und quantitativ ausgebaut werden und vor allem müssen die Einschränkungen auf der S-Bahn-Linie 3 aufgehoben werden: Die Taktung muss mindestens wieder auf 20 Minuten verkürzt und die zuverlässige Verfügbarkeit wieder hergestellt werden.

Für den Fahrradverkehr müssen endlich sichere Radwege geschaffen werden – nicht nur für den Freizeit-, sondern auch für den Alltagsverkehr.

Der tägliche Stau auf der Nierenhofer Straße muss abgebaut werden, auch um den Ausweichverkehr durch die Südstadt zu reduzieren. Hier geht es insbesondere auch darum, den LKW-Durchgangsverkehr durch die Südstadt nachhaltig zu unterbinden, weswegen das Viadukt durch eine neue Brücke für Fußgänger\*innen- und Radverkehr ersetzt werden und die Nierenhofer Straße an der Stelle verbreitert werden muss.

Vielfältige Maßnahmen zur **Energieeinsparung** an Verwaltungs- und Wohngebäuden müssen kombiniert werden mit Maßnahmen zur

Energiegewinnung (Solartechnik).

Eine **ökologisch und klimatisch orientierte Stadtplanung** muss durch Sicherung von Kälteschneisen, durch Dachbegrünung und Anpflanzung zusätzlicher Bäume und ökologische Gestaltung und Bewirtschaftung der innerstädtischen Grünflächen zu einer Verbesserung des Klimas wie auch zu einer Förderung der Artenvielfalt führen.

Dieser ökologische Umbau bedarf nicht nur der personellen Absicherung, sondern er muss auch durch neue bzw. gestärkte Strukturen innerhalb der Verwaltung und durch Schnittstellen zu Bevölkerung abgesichert werden: Ein runder Tisch Umweltschutz und eine Abteilung bzw. Fachstelle Umwelt- und Klimaschutz sind in diesem Prozess unentbehrlich. Die Einbindung und Motivation der Bevölkerung muss durch entsprechende Angebote der städtischen Bildungseinrichtungen (z.B. der VHS) gefördert und durch die Wiedereinführung des Ökomarktes in neuer Gestalt sichergestellt werden. Auch die teilweise bereits seit Jahrzehnten vorhandenen bürgerschaftlichen Aktivitäten für Natur- und Umweltschutz durch BUND, Nabu und andere sollten eingebunden werden in einen Aktionsplan zum ökologischen Umbau unserer Stadt.

## Die Möglichkeiten der Verwaltung

Die Möglichkeiten des Verwaltungshandelns sind durch die sachlichen und personellen Ressourcen der Verwaltung begrenzt: Aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation / der unzureichenden Kommunalfinanzierung durch Land und Bund befindet sich Hattingen seit Jahren in Haushaltssicherung, Haushaltskonsolidierung und ist aktuell als Stärkungspaktkommune einer intensiven haushaltsrechtlichen Gängelung durch die Kommunalaufsicht unterworfen.

### **Die wirtschaftliche Basis**

Die wichtigsten kommunalen Steuern sind die Grundsteuern (A und B) sowie die Gewerbesteuer. Als Stärkungspaktkommune waren wir

gezwungen, die jeweiligen Hebesätze bis zu einer nahezu unerträglichen Höhe anzuheben, um dem Haushaltsausgleich näher zu kommen und unseren Haushalt von der Aufsicht genehmigt zu bekommen. Eine weitere Erhöhung darf es nicht geben; vielmehr muss es frühestmöglich zu einer Senkung der Steuersätze kommen.

Das wird nur gehen, wenn gleichzeitig die Steuerbasis gestärkt wird. Das heißt, dass Hattingen eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung benötigt, sondern auch für die eigenen Steuereinnahmen.

Um die Haushaltslage, der Politik und Verwaltung unterworfen sind, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen und um möglichst viele gute Impulse zu erhalten, muss die Bevölkerung in die Haushaltsdiskussionen stärker eingebunden werden. Entsprechende Strukturen werden zu Corona-Zeiten wohl eher digital gestaltet werden, nach der Pandemie sollten auch andere Beteiligungsformen eingeführt werden.

### **Immobilienbesitz / Verwaltungsgebäude**

Die Stadt Hattingen verfügt über etliche Immobilien. Nach den intensiven Verkäufen der letzten zehn Jahre handelt es sich dabei heute überwiegend um Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten und öffentliche Grünflächen. Früher gab es auch einen nennenswerten Bestand an **städtischen Mietwohnungen**. Angesichts der aktuellen Lage auf dem Wohnungsmarkt und der Schwierigkeiten Sozialwohnungen in ausreichender Zahl durch private oder genossenschaftliche Träger neu zu errichten, muss auch die Gemeinde überlegen, wie sie einen zeitgemäßen eigenen Bestand von Sozialwohnungen schaffen kann.

Im Zusammenhang mit der **Unterbringung von Geflüchteten** haben andere Gemeinden gezeigt, dass nicht nur die Unterbringung in Turnhallen und leerstehenden Großraumbüros eine Option sind. Auch in Hattingen haben wir vor Jahren bei der Unterbringung von Aussiedlern in Kooperation mit der HWG neue Wohnungen in der Nordstraße geschaffen, die zunächst der öffentlich-rechtlichen Unterbringung dienten und die inzwischen ganz normale Mietwohnungen sind. Ein solches Zwei-Stufen-Modell kann auch für die Unterbringung von Geflüchteten sinnvoll sein und ggfs. zu einem

neuen Bestand städtischer Sozialwohnungen führen.

Den wichtigsten Bereich der städtischen Immobilien bilden die heftig in die Jahre gekommenen **Verwaltungsgebäude**. In den letzten 35 Jahren wurden in unzähligen Umbau- und Umnutzungsmaßnahmen

Verwaltungsstandorte getauscht und ertüchtigt – was selten zu dauerhaft befriedigenden Lösungen geführt hat. Kein Wunder bei der bereits oben beschriebenen Finanzsituation. Dennoch wurden auch Chancen vertan –

wie der seinerzeit mögliche Erwerb des damals fast neuen Air-Products-Gebäudes. Gleichzeitig hat uns die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)

bescheinigt, dass wir bezogen auf die Einwohner\*innen-Zahl zu viel Gebäudefläche für unsere Verwaltung (einschließlich Schulen) vorhalten.

Als Konsequenz daraus wurden von der Verwaltung Listen mit Gebäuden erstellt, von denen man sich trennen wollte. Dazu gehört auch das

ehemalige **Gemeindeamt Welper**, in dem jahrelang - überwiegend - das Stadtarchiv untergebracht war. Heute befindet sich dieses in der

ehemaligen Grundschule im Rauendahl, während im Gemeindeamt Welper vorübergehend das Stadtumbaubüro und Flüchtlingsfamilien untergebracht sind sowie der Bürger\*innen-Treff im ehemaligen Gemeindesaal.

Faktisch fehlen schon seit Jahren geeignete **Unterrichtsräume für die VHS**. Diese Situation hat sich sogar jährlich weiter verschärft, weil der VHS immer weitere Unterrichtsräume zugunsten anderer Nutzungen genommen wurden. Aus heutiger Sicht bietet es sich daher an, das denkmalgeschützte Gemeindeamt, für das bisher keine ernsthaften Kaufinteressenten gefunden wurden, so umzubauen, dass darin ein zeitgemäßes Zentrum für Unterrichts- und Veranstaltungsräume der VHS geschaffen wird.

Zur Zeit beabsichtigt die Verwaltung, ein zwischenzeitlich zur Unterbringung von Geflüchteten genutztes ehemaliges Großraumbüro an der **Nierenhofer**

**Straße** zu erwerben und zu einem der zentralen Verwaltungsstandorte umzubauen. Durch den Bezug dieser Liegenschaft könnten ihrer Meinung nach die Standorte Bahnhofstr. 48 und 51 aufgegeben und veräußert werden, beides Standorte, die wegen fehlender Barrierefreiheit und zu

geringen bzw. zu klein parzellierter Flächen für die heutige Nutzung nicht mehr taugen. Der Standort Nierenhofer Straße soll jetzt bei der

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans als Fläche für Gemeinbedarf

gekennzeichnet werden; diese planungsrechtliche Klassifizierung sollte groß genug kartiert werden, dass auch ein späterer Erweiterungsbau möglich wird.

Möglicherweise könnten mittelfristig an diesem Standort in einem ergänzenden Neubau auch hinreichend große Versammlungsräume mit moderner Ausstattung geschaffen werden; die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir zur Zeit die kommunalpolitisch erforderliche Gremienarbeit im Rathaus nur in Teilen durchführen können. Auch fehlen im Rathaus nach wie vor Räume für die Fraktionen.

Schließlich gibt es an städtischen Immobilien noch etliche an Landwirte verpachtete Flächen im Außenbereich, deren Bewirtschaftung rechtlich bislang leider noch nicht an ökologische Kriterien gebunden werden kann.

## **Personal**

Die zentrale Ressource für effektives Verwaltungshandeln stellt das Personal dar. Durch die aufsichtsrechtlichen Vorgaben im Rahmen des Stärkungspaktes hat sich Hattingen vor Jahren verpflichtet, in zehn Jahren 100 Arbeitsplätze abzubauen. Das ist nicht vollständig, aber weitgehend gelungen – jedoch nicht ohne Folgen für die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch für den Bürger\*innen-Service. Insbesondere in der Bauverwaltung haben wir Bearbeitungszeiten, die für Neuansiedlung von Gewerbe und für den Zuzug von Neubürger\*innen sehr schädlich sind. Daher fordert die grüne Fraktion bereits seit Jahren, zumindest für die Erteilung von Baugenehmigungen und für die Aufstellung von Bebauungsplänen neue Stellen zu schaffen und neues Personal einzustellen.

Alle Sparsamkeit darf nicht dazu führen, dass das Ziel der Haushaltssanierung verfehlt und die wirtschaftliche Basis der Gemeinde z.B. durch Gewerbesteuerausfälle zusätzlich geschädigt wird.

Auch der ökologische Umbau der Stadt und die Maßnahmen der Klimaanpassung werden ohne zusätzliche feste Stellen nicht zu erreichen sein.

# Demokratie

In der gegenwärtigen politischen Lage ist es ganz wichtig, allen Bürgerinnen und Bürgern durch größtmögliche Transparenz Verwaltung und Kommunalpolitik nahe zu bringen. Es geht darum – wieder – ein Klima von Vertrauen zu schaffen und Verschwörungstheorien und FakeNews durch umfassende Information und vielfältige Möglichkeiten zur Mitgestaltung entgegen zu wirken.

Das Hattingen, das ich will, hat keinen Raum für Rassismus und sorgt für gleichberechtigte Teilhabe ohne Diskriminierung und Ausgrenzung. Einige wichtige Strukturen sind bereits etabliert wie der Integrationsrat und das Kinder- und Jugendparlament. Andere Möglichkeiten der politischen Teilhabe müssen noch politisch und technisch umgesetzt werden wie z.B. die Übertragung aller öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen im Internet, damit auch Risikogruppen (z.B. in Zeiten mit gefährlichen Ansteckungskrankheiten) die Möglichkeit zur unmittelbaren Information und politischen Meinungsbildung haben.

Gemeinsam tragen wir die Verantwortung für unsere Stadt.

Frank Staacken

12.08.2020